

## **2. Gesuch um Bildung einer Politischen Gemeinde Homburg und einer Politischen Gemeinde Steckborn**

### **Eintreten**

Kommissionspräsident **Dr. Christoph Tobler**, SVP: Mit Botschaft vom 14. April 1998 unterbreitet der Regierungsrat dem Grossen Rat die Gesuche um Bildung einer Politischen Gemeinde Homburg und einer Politischen Gemeinde Steckborn. Im Grunde geht es um die Reorganisation der Munizipalgemeinde Steckborn. Einmalig ist, dass in diese Reorganisation eine benachbarte Einheitsgemeinde miteinbezogen wird, die für sich allein keinen Reorganisationsbedarf hätte. Ebenfalls aussergewöhnlich an der Vorlage ist, dass sich damit der Grosse Rat zum zweitenmal mit der Ortsgemeinde Gündelhart-Hörhausen zu befassen hat, nachdem er am 19. Dezember 1994 ein Gesuch um Bildung einer politischen Gemeinde aus dieser Ortsgemeinde abgelehnt hatte.

Vorgeschlagen wird die Bildung einer Politischen Gemeinde Homburg aus der Einheitsgemeinde Homburg sowie den beiden Ortsgemeinden Gündelhart-Hörhausen und Salen-Reutenen aus der Munizipalgemeinde Steckborn. Die restliche Munizipalgemeinde Steckborn, bestehend nur noch aus der Ortsgemeinde Steckborn, soll zur Politischen Gemeinde Steckborn werden.

Alle beteiligten Gemeinden haben der vorliegenden Lösung zugestimmt. Sehr deutlich, mit 87:2 Stimmen, erfolgte die Zustimmung insbesondere in der Ortsgemeinde Gündelhart-Hörhausen, wo sich Behörden und Bevölkerung nach dem verunmöglichten Alleingang ebenso konsequent hinter diesen Zusammenschluss stellten, der damals noch vehement abgelehnt worden war. Das damit nun mögliche Zusammengehen mit Homburg bewog auch die Ortsgemeinde Salen-Reutenen zu einem Richtungswechsel. Zuerst wurde mit 39:33 Stimmen der äusserst knappe Beschluss aus dem Jahre 1993 zum Zusammengehen mit Steckborn aufgehoben und anschliessend deutlich, mit 45:26 Stimmen, der Bildung einer politischen Gemeinde zusammen mit Homburg und Gündelhart-Hörhausen zugestimmt. Die wichtigste Abstimmung fand jedoch in Homburg statt, das, wie erwähnt, als Einheitsgemeinde aus dem Auftrag zur Abschaffung des Gemeindedualismus an sich keinen Handlungsbedarf hatte. Trotzdem, und obwohl die beiden Partnergemeinden im Gegensatz zu Homburg auf kantonalen Finanzausgleich angewiesen sind, kam eine relativ deutliche Zustimmung (100:61 Stimmen) zu dieser Gemeindeerweiterung zustande. Ermöglicht wurde dieser bemerkenswerte Entscheid sicher auch durch die Zusicherung eines Sonderbeitrages gemäss Finanzausgleichsgesetz durch den Regierungsrat. Mit Fr. 437'000.-- entspricht er dem gesetzlichen Höchst-

betrag, nämlich dem Dreifachen des Finanzausgleichs, welchen die Ortsge-  
meinde Gündelhart-Hörhausen in den Jahren 1992 bis 1996 durchschnittlich  
bezogen hat, und deckt ungefähr den Bilanzfehlbetrag, den Gündelhart-Hör-  
hausen in die "Ehe" einbringt. Den Anschluss von Salen-Reutenen an Hom-  
burg dagegen erachtete der Regierungsrat nicht als förderungswürdig.

Die Gemeindeorganisationskommission begrüsst die zustandegekommene Lösung  
im bisherigen "Problemgebiet" sehr und empfiehlt einstimmig die Genehmi-  
gung der beiden beantragten neuen Gemeinden.

Eine Würdigung im Lichte der vier Richtlinien des Grossen Rates:

Zu Homburg:

- Die Einheit basiert vor allem auf der geographischen Lage auf den Hö-  
hen des westlichen Seerückens hoch über dem Untersee, auf der durch-  
gehend ländlichen, landwirtschaftlich-gewerblich geprägten Struktur  
sowie einem über die heutigen Gemeindegrenzen hinaus verbindenden  
Vereinsleben. Noch keine Einheit gegeben ist im kirchlichen wie auch  
im schulischen Bereich. Während die Primarschulgemeinde Homburg-Hör-  
stetten zur Oberstufengemeinde Müllheim gehört, ist die Primarschul-  
gemeinde Gündelhart-Hörhausen Teil der Oberstufengemeinde Steckborn,  
zu der auch Salen-Reutenen gehört, dessen Schulgemeinde vor Jahren  
aufgelöst wurde und heute Teil der Primarschulgemeinde Steckborn ist.  
Es bestehen jedoch ernsthafte Bestrebungen, die Schulbeziehungen in  
der künftigen politischen Gemeinde zu vereinfachen und so die Einheit  
auch auf diesem Gebiet noch zu verstärken.
- Aus raumplanerischer Sicht spricht nichts gegen die beantragte neue  
Gemeinde. Insbesondere erscheint auch der Einbezug von Salen-Reutenen  
in die Seerückengemeinde - im Gegensatz zu der vom Regierungsrat  
vertretenen Ansicht - angesichts der strukturellen Gegebenheiten,  
der Distanzen und der verkehrsmässigen Beziehungen plausibler als ein  
Verbleiben bei Steckborn.
- Bezüglich Leistungsfähigkeit braucht die neue Gemeinde einen Ver-  
gleich mit anderen grossen Landgemeinden nicht zu scheuen. Mit gut  
24 km<sup>2</sup> Fläche wird die Politische Gemeinde Homburg zu den grössten Ge-  
meinden im Kanton zählen, vergleichbar mit der Gemeinde Kemmental.  
Die Bevölkerungszahl von rund 1'500 wird gut ausreichen, um eine pro-  
fessionelle Verwaltung auszulasten. Die Infrastruktur dazu ist in der  
bestehenden Verwaltung der Einheitsgemeinde Homburg bereits vorhan-  
den, bisher allerdings nur von gut 800 Einwohnern beansprucht.  
In finanzieller Hinsicht sind die Voraussetzungen gegeben - nicht  
zuletzt dank des kantonalen Förderungsbeitrages - so dass auch die

Politische Gemeinde Homburg ohne Finanzausgleich auskommen kann. Nach dem heutigen Stand der Finanzplanung wird bei zurückhaltender Investitionstätigkeit mit einem Steuerfuss von 85 % gerechnet. Jedenfalls ist man in Homburg gewillt, die Synergien eines Zusammenschlusses zu nutzen, um auch auf weitere Sicht wenn immer möglich ohne kantonalen Finanzausgleich auszukommen.

- Interessen von Nachbargemeinden schliesslich sind durch diese Gemeindebildung keine tangiert, insbesondere auch nicht jene von Steckborn, der einzigen Nachbargemeinde mit Reorganisationsbedarf, wie noch darzulegen sein wird.

Zu Steckborn:

Auf den ersten Blick mag Steckborn, das sich während des gesamten Reorganisationsprozesses auffallend abwartend gezeigt hat, als eigentliche Restgemeinde erscheinen. Vom Ablauf der Meinungsbildung und der Entscheidungsfindung her ist es das auch. Das braucht jedoch kein Negativ-Attribut zu sein. Die beantragte Politische Gemeinde Steckborn, die ausschliesslich aus der bisherigen Ortsgemeinde Steckborn besteht, zeigt sich nämlich als ein äusserst kompaktes und homogenes Gebilde, das alle vier Richtlinien des Grossen Rates problemlos erfüllt:

- Offensichtlich und ausgeprägt ist die geographische, kulturelle und wirtschaftliche Einheit des historischen Städtchens Steckborn, das rundherum durch Wälder und Hügelzüge natürlich abgegrenzt ist und am Untersee die Funktion eines kleinen Regionalzentrums hat.
- Ebenso offensichtlich erfüllt die Politische Gemeinde Steckborn die Anforderungen der Raumplanung. Einzige nennenswerte Siedlung ausserhalb des sonst geschlossenen Siedlungsgebietes ist Glarisegg. Zum wesentlich weiter entfernten Salen-Reutenen, das künftig zur Politischen Gemeinde Homburg gehören soll, sind die funktionalen Beziehungen bereits deutlich geringer.
- Von der Grösse der neuen Gemeinde her - zur Zeit zählt Steckborn rund 3'400 Einwohner - ist auch die Leistungsfähigkeit nicht in Frage gestellt. Allerdings macht der wirtschaftliche Strukturwandel dem früher einmal stark industriell ausgerichteten Ort spürbar zu schaffen und hinterlässt auch bei der Gemeinde in finanzieller Hinsicht seine Spuren. Aus heutiger Sicht muss deshalb für die politische Gemeinde mit einem Steuerfuss knapp unter der Finanzausgleichsberechtigung gerechnet werden. Allerdings wäre es verfehlt zu glauben, mit den beiden heute aus der Munizipalgemeinde zu entlassenden Ortsgemeinden würde sich die Situation rosiger präsentieren. Im Gegensatz

zu dem bereits vor sechs Jahren entlassenen Mammern wären sie als eher strukturschwache Landgemeinden mit wenig Gemeinsamkeiten eher eine Belastung denn eine Entlastung gewesen.

- So wie Steckborn auf keine der noch zur Diskussion stehenden Nachbargemeinden angewiesen ist, so tangiert schliesslich auch die Bildung der Politischen Gemeinde Steckborn keine Bedürfnisse von Nachbargemeinden.

Zusammenfassend ist die Gemeindeorganisationskommission überzeugt, dass nach den früheren Schwierigkeiten für dieses Gebiet - nicht zuletzt dank der aufgeschlossenen Haltung der Stimmberechtigten in Homburg - eine tragfähige und überzeugende Lösung gefunden werden konnte. Sie beantragt deshalb einstimmig, auf die Vorlage einzutreten und die beiden Politischen Gemeinden Homburg und Steckborn zu genehmigen.

**Walter Keller**, SVP: Bei der Behandlung des Gesuches von Herdern habe ich in meinem Votum festgehalten, dass auf die zugesagte Verhandlungsbereitschaft von Herdern bezüglich Gündelhart-Hörhausen in der Schlussphase der Gemeindereorganisation allenfalls nochmals zurückzukommen sei. Nun können wir mit Erleichterung feststellen, dass Behörde und Bevölkerung von Gündelhart-Hörhausen nach dem negativen Entscheid aus Lausanne dank eines erfreulich positiven und konstruktiven Denkens zu einer tragfähigen Lösung gefunden haben. Die Einheitsgemeinde Homburg zeigte ohne zwingenden Handlungsbedarf eine erfreuliche Offenheit zu einem Zusammenschluss, was Anerkennung verdient und den zugesagten Sonderbeitrag rechtfertigt. Dass Salen-Reutenen ebenfalls den Anschluss an Homburg wählte, liegt in den wirtschaftlich ähnlichen Verhältnissen begründet. Es ist auch verständlich, sind sie doch etwas vom Mythos Untersee entfernt. So ist der Zustand eingetroffen, dass mit der zu bildenden Gemeinde Steckborn die Seebuben und Seemädchen allein unter sich bleiben. Die Fraktion der SVP befürwortet einstimmig die zu bildende Politische Gemeinde Homburg sowie die Politische Gemeinde Steckborn.

**Eigenmann**, SP: Ich spreche nicht im Namen der SP-Fraktion. Es geht um meine persönlichen Gedanken zur Vorlage. Auf den 1. Januar 1999 sollen die Ortsgemeinden Gündelhart-Hörhausen und Salen-Reutenen von der Municipalgemeinde Steckborn abgetrennt und mit der Einheitsgemeinde Homburg zur Politischen Gemeinde Homburg vereint werden. Auf den gleichen Zeitpunkt hin soll auf dem Gebiet der heutigen Ortsgemeinde Steckborn die Politische Gemeinde Steckborn entstehen. Ein jahrelanges Tauziehen um die Ge-

meindebildung auf dem Seerücken und am Untersee soll ein glückliches Ende finden. Alle Gemeinden sind mit dieser Lösung einverstanden. So hiess es in kürzlich erschienenen Presseberichten. Sind aber insbesondere die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger mit dieser Lösung zufrieden? Wäre es die Ideallösung, hätte diese Gemeindebildung sicher schon vor einigen Jahren stattgefunden. Ich möchte einiges hinterfragen, insbesondere den Sinneswandel von Salen-Reutenen, sich von Steckborn zu lösen und zu Homburg überzulaufen. Nach der Ablehnung der staatsrechtlichen Beschwerde um die Bildung einer Politischen Gemeinde Gündelhart-Hörhausen im Jahre 1995 orientierte sich die Gemeinde nach Osten hin zu Homburg. An sich war das noch die einzig mögliche Variante, nachdem ein Zusammengehen mit Steckborn von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern abgelehnt worden war. In die Gespräche mit Homburg wurde auch Salen-Reutenen miteinbezogen, obwohl dieses 1993 in einer Abstimmung für Steckborn votiert hatte. Für mindestens die Mehrheit der Behördevertreter von Salen-Reutenen war Steckborn bei diesen Gesprächen kein Thema mehr, und in einer zweiten Abstimmung konnten dann einzelne von ihnen aus persönlichem Interesse die Bürgerinnen und Bürger überzeugen, sich gegen Steckborn und für Homburg zu entscheiden. Es ist ein fragwürdiger Entscheid. Ich bedaure diese Entwicklung ausserordentlich. Salen-Reutenen war in all den Jahren ein Teil von Steckborn. Die Ortsgemeinde ist mit der Primarschul- und der Oberstufengemeinde eng verbunden, und auch kirchlich und geographisch ist sie eher in Steckborn verwurzelt. Ebenfalls ist die Kanalisation an die ARA Steckborn angeschlossen. Man begegnet den Einwohnerinnen und Einwohnern von Salen-Reutenen in Wirtschaften, in der Kirche und beim Einkaufen; man kennt sie eben. Auch der finanzielle Aspekt spricht nicht unbedingt für Homburg. Salen-Reutenen weist eine Überschuldung von ca. 1,5 Millionen Franken aus. Grosszügig spricht der Regierungsrat einen Sonderbeitrag gemäss Finanzausgleichsgesetz von Fr. 437'000.-- für die Neubildung der Politischen Gemeinde Homburg. Übrigens fehlt diese Angabe in der Botschaft des Regierungsrates. Bei einem Zusammengehen von Salen-Reutenen mit Steckborn hätte der Kanton vermutlich nichts, ganz sicher aber bedeutend weniger finanzielle Mittel ausgegeben. Salen-Reutenen erwägt schon heute, die Primarschule von der Primarschulgemeinde Steckborn abzutrennen und eine Lösung innerhalb der Politischen Gemeinde Homburg anzustreben. Dafür habe ich noch ein wenig Verständnis. Geplant wird aber auch, die Oberstufenschüler von Salen-Reutenen und von Gündelhart-Hörhausen nach Müllheim zu schicken. Damit müssten die Oberstufenschüler einen langen und beschwerlichen Schulweg akzeptieren. Ich hoffe, dass die Verantwortlichen wenigstens hier ihrer Pflicht nachkommen und dieses Vorhaben unterbinden

werden. Einmal mehr haben Behördevertreter eine Lösung gefunden, die nicht befriedigt. In Steckborn wurden die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger nie im positiven Sinne befragt, ob sie Salen-Reutenen behalten wollen. Es gab lediglich eine Abstimmung, ob man Salen-Reutenen aus der Munizipalgemeinde entlassen wolle. Da war allerdings der Braten schon verSpeist. Als Steckborner Stimmbürger fühle ich mich übergangen und als Kantonsrat strebe ich eine Ideallösung an, nämlich den Zusammenschluss von Steckborn und Salen-Reutenen. Ich **beantrage** deshalb die **Rückweisung** der Botschaft.

**Samuel Herzog**, EVP: Im Militärjargon kennt man die Begriffe "Übungsabbruch" und "erneute Besammlung in der Ausgangslage". Damit könnte man die von Grund auf neuen Gespräche zur Bildung sinnvoller Gemeindestrukturen auf dem Seerücken zwischen Steckborn und dem Thurtal umschreiben. Der Miteinbezug von Homburg, für dessen Status als Einheitsgemeinde kein Handlungsbedarf vorhanden war, brachte grundlegend neue Möglichkeiten. Die Fraktion der FDP/EVP steht einstimmig hinter der Lösung der Politischen Gemeinde Homburg. Mit Nachdruck stehen wir auch hinter der Ausrichtung eines Sonderbeitrages gemäss Finanzausgleichsgesetz. Mittelfristig werden nur Gewinner aus diesem Handel resultieren. Es bleibt die Frage, ob man auch die Ortsgemeinde Steckborn, welche nun zur Politischen Gemeinde Steckborn wird, zu den Gewinnern zählen kann. Wir meinen ja. In der Wirtschaft spricht man von Konzentration auf das Kerngeschäft. Steckborn als wichtiges Zentrum am Untersee kann und wird sich behaupten.

**Bachmann**, CVP: Mit Genugtuung und Befriedigung steht die CVP-Fraktion dieser Vorlage im Rahmen der Gemeindereorganisation gegenüber. Es ist dem Regierungsrat auch hier gelungen, gleichzeitig die Lösung für die Seerückengemeinde Homburg und den Rest der Munizipalgemeinde Steckborn zu präsentieren. Es handelt sich um eine akzeptable Lösung, die anerkannt werden muss. Die vorgeschlagenen neuen politischen Gemeinden sind denn auch aus der Sicht der CVP-Fraktion in zustimmendem und positivem Sinne beurteilt und dementsprechend bejahend anerkannt worden. Hinsichtlich der vier grossrätlichen Richtlinien konnten in beiden Fällen keine wesentlichen Ungereimtheiten, fehlenden Übereinstimmungen oder gar Unstimmigkeiten festgestellt werden. Äusserst lobenswert ist es, dass sich die Ortsgemeinde Gündelhart-Hörhausen nach dem angestrebten, von unserem Rat aber nicht bewilligten Alleingang eindeutig dafür ausgesprochen hat, sich mit Homburg und Salen-Reutenen zur politischen Gemeinde zusammenzuschliessen. Wie der Kommissionspräsident in seinem Referat bereits ausgeführt hat,

sicherte der Regierungsrat im Zusammenhang mit dieser Gemeindereorganisation gemäss Finanzausgleichsgesetz einen Sonderbeitrag von Fr. 437'000.-- zu. Dieser Betrag deckt den ungefähren Finanzfehlbetrag von Gündelhart-Hörhausen. Für den Start der neuen Politischen Gemeinde Homburg ist diese Finanzspritze seitens des Kantons eine ausserordentlich optimale und gute Voraussetzung. Die Fraktion der CVP hat gegen die vom Regierungsrat disponierte Sonderbeitragszahlung nichts einzuwenden. Namens der einstimmigen CVP-Fraktion ersuche ich Sie, auf die Vorlagen um Bildung der Politischen Gemeinde Homburg und der Politischen Gemeinde Steckborn einzutreten und in der Folge dem vorliegenden Beschlussesentwurf der Gemeindeorganisationskommission zuzustimmen.

**Himmelberger, CVP:** Mit der heutigen, fast historisch vermerkten Sitzung des Grossen Rates haben wir die Gelegenheit, eine beachtliche Lücke in Sachen Gemeindereorganisation am und auf dem Seerücken zu schliessen. Nach langen Bemühungen um eine Entscheidungsfindung haben die Gemeinden Homburg, Gündelhart-Hörhausen und Salen-Reutenen mit gemeinsamer Eingabe das Gesuch um Bildung einer Politischen Gemeinde Homburg gestellt. Eine Woche später traf auch das Gesuch von Steckborn mit dem gleichen Ersuchen ein, eine politische Gemeinde zu bilden. Mit jeweils klaren Abstimmungsergebnissen hat sich die Bevölkerung für die Bildung dieser zwei politischen Gemeinden entschieden. Die Prüfung nach den Richtlinien des Grossen Rates von 1990 hat keine diesem Vorhaben widersprechenden Gegenargumente aufgezeigt. Schulische Vereinfachungen und Regelungen werden, soweit notwendig, angestrebt. Hier können tragbare Lösungen gefunden werden, ohne die bisherigen Gewohnheiten und Gepflogenheiten stark zu stören. Wenn man mit guter Absicht auch andere Möglichkeiten für einen Zusammenschluss hätte sehen können, so hat sich die heutige Situation teilweise auch so ergeben, nachdem sich alle Gemeinden um die betreffende Region bereits reorganisiert hatten. Die Bevölkerung der betroffenen Gemeinden steht hinter diesen Lösungen. Auch die Ortsgemeinde Gündelhart-Hörhausen hat sich mit dieser Variante befreunden können, nachdem sie alle Möglichkeiten für einen Alleingang geprüft hatte. Wenn wir heute dem Ersuchen von Homburg und Steckborn zustimmen, so sind wir dem Ziel, bis zum Jahr 2000 die Gemeindereorganisation im Kanton Thurgau abgeschlossen zu haben, ein wesentliches Stück nähergekommen. Ich bin auch der Auffassung, dass mit dem heutigen Entscheid des Grossen Rates die Interpellation von alt Kantonsrat Bernhard Frei, Hörhausen, vom 3. April 1996 hinfällig wird und Regierungsrat sowie Grosser Rat in dieser Sache keinen Handlungsbedarf mehr haben. Ich bitte Sie, der Vorlage zuzustimmen.

Kommissionspräsident **Dr. Christoph Tobler**, SVP: Zum Rückweisungsantrag Eigenmann: Es gibt in der Tat durchaus gute Gründe, die dafür sprechen, Salen-Reutenen mit Steckborn zusammenzuschliessen; es gibt aber ebenso gute Gründe für einen Anschluss von Salen-Reutenen an Homburg, wie es beantragt wird. Bei dieser Ausgangslage ist es klar und entspricht es auch der Praxis des Grossen Rates, dass er sich dabei auf den demokratischen Willen der beteiligten Bevölkerung abstützt. Der zitierte Entscheid von Salen-Reutenen, sich mit Steckborn zu vereinigen, datiert aus dem Jahr 1993, einem Zeitpunkt also, in dem für Salen-Reutenen gar keine Alternative bestand. Soweit ich mich erinnere, ist im übrigen der erwähnte Entscheid mit zwei Stimmen Unterschied zustande gekommen. Mit dem Zusammengehen von Gündelhart-Hörhausen und Homburg hat sich natürlich auch die Ausgangslage für Salen-Reutenen verändert. Daher war es legitim und absolut demokratisch, in zwei Abstimmungsgängen zuerst den damaligen Beschluss aufzuheben und nachher ausdrücklich das Zusammengehen mit Gündelhart-Hörhausen und Homburg, mit 45:26 Stimmen immerhin recht deutlich, zu befürworten. Im übrigen ist, entgegen der Aussage von Kantonsrat Eigenmann, zu präzisieren, dass der Förderbeitrag des Regierungsrates ausdrücklich nur für den Zusammenschluss von Gündelhart-Hörhausen mit Homburg gesprochen worden ist und nicht für den Anschluss von Salen-Reutenen. Ich bitte Sie, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Regierungsrat **Dr. Lei**: Es ist durchaus zu respektieren, dass Kantonsrat Eigenmann eine abweichende Meinung vertritt, die uns auch bekannt war. Wir wussten, dass es in Steckborn Strömungen gab, die diese Entwicklung bedauerten. Wie der Kommissionspräsident ausgeführt hat, hat sich der Regierungsrat in der Frage von Salen-Reutenen vollkommen zurückgehalten. Ich habe mich sehr für ein Zusammengehen von Homburg und Gündelhart-Hörhausen engagiert und ein erfreuliches Echo gefunden. In bezug auf Salen-Reutenen hat der Regierungsrat immer betont, dass sowohl ein Verbleiben bei Steckborn als auch ein Wechsel zu Homburg akzeptiert würde. Wir haben alles vermieden, um Salen-Reutenen von Steckborn wegzulocken. Über den Förderbeitrag wurde nichts geschrieben. Er liegt in der Kompetenz des Regierungsrates, doch haben wir ihn stets in der Kommission offengelegt. Es ist mit keinen weiteren solchen Beiträgen zu rechnen. Insgesamt haben wir viermal Beiträge gesprochen: im Zusammenhang mit der Neubildung und Vergrösserung der Einheitsgemeinde Bischofszell, im Zusammenhang mit der Bildung der Politischen Gemeinde Kradolf-Schönenberg, im Zusammenhang mit der Bildung der Politischen Gemeinde Kemmental und jetzt im Zusammenhang mit der Bildung der Politischen Gemeinde Homburg. Zusammengenommen ergibt



das einen Betrag von 2,9 Millionen Franken, den wir ausbezahlt beziehungsweise zugesichert haben. Das ist gesamthaft gesehen wenig, wenn Sie die Entwicklung studieren, die der Finanzausgleich für die politischen Gemeinden in den letzten Jahren genommen hat. Im übrigen wurde das Problem der Meinungsbildung in den Gemeinden auch bei früheren Gelegenheiten schon verschiedentlich kritisch hinterfragt. Der Regierungsrat muss sich natürlich an die Äusserungen der Behörden halten. Er kann höchstens sicherstellen, wie das in diesem Fall auch geschehen ist, dass schlussendlich eine korrekte Abstimmung durchgeführt wird. Wie geschickt die Meinungsbildung intern erfolgt, darauf können wir keinen Einfluss nehmen. Im übrigen wage ich zu vermuten, dass man den Willen von Salen-Reutenen trotzdem respektiert hätte, wenn Steckborn in der Abstimmung Salen-Reutenen nicht hätte entlassen wollen. Ich bitte Sie, der Vorlage zuzustimmen. Ich bin sehr glücklich über diese Lösung, obwohl zuzugeben ist, dass es auch andere gegeben hätte.

**Präsidentin:** Wenn ich Kantonsrat Eigenmann richtig verstanden habe, so ist er gegen das Eintreten. Wird Rückweisung verlangt, muss gesagt werden, an wen man zurückweisen will.

**Eigenmann, SP:** Ich möchte die Vorlage an den Regierungsrat zurückweisen.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

**Abstimmung:** Der Rückweisungsantrag Eigenmann wird mit grosser Mehrheit (gegen 2 Stimmen) abgelehnt.

**Eintreten ist unbestritten.**

#### **Detailberatung**

Diskussion - **nicht benützt.**

#### **Beschlussfassung**

Dem Beschlussesentwurf über die Bildung einer Politischen Gemeinde Homburg und einer Politischen Gemeinde Steckborn wird mit 111:2 Stimmen zugestimmt.

**Beschluss des Grossen Rates**

über die

**Bildung einer Politischen Gemeinde Homburg und einer Politischen Gemeinde Steckborn**

(vom 24. Juni 1998)

1. Auf den 1. Januar 1999 werden die Ortsgemeinden Gündelhart-Hörhausen und Salen-Reutenen von der Munizipalgemeinde Steckborn abgetrennt und mit der Einheitsgemeinde Homburg zur Politischen Gemeinde Homburg vereinigt.
2. Die Munizipalgemeinde Steckborn, reduziert um die Ortsgemeinden Gündelhart-Hörhausen und Salen-Reutenen, sowie die Ortsgemeinde Steckborn werden auf den 1. Januar 1999 zur Politischen Gemeinde Steckborn vereinigt.

Die Präsidentin des Grossen Rates

Die Sekretäre

**Präsidentin:** Ich gratuliere den Vertreterinnen und Vertretern der beiden neuen politischen Gemeinden. Selten kann ein Sprichwort so gut angewendet werden wie hier. Es heisst: Was lange währt, wird endlich gut.

Mit unserem heutigen Beschluss darf auch die Interpellation von Bernhard Frei vom 3. April 1996 betreffend stockende Gemeindereorganisation auf dem Seerücken als erledigt gelten. Regierungsrat Dr. Hermann Lei hat uns mit Schreiben vom 18. März 1998 mitgeteilt, dass die Beantwortung der erwähnten Interpellation bewusst nicht an die Hand genommen worden sei, um keine Lösungen zu präjudizieren. Nachdem der Erstunterzeichner, Bernhard Frei, nicht mehr im Rat ist, ist der Zweitunterzeichner, Kantonsrat Jörg Himmelberger, gemäss Schreiben vom 3. April 1998 bereit, die Interpellation zurückzuziehen. Ich frage die übrigen Mitunterzeichner an, ob jemand an der Interpellation festhalten will. Das ist nicht der Fall. Die Interpellation ist damit erledigt.